



„Ein Bündnis mit den Bürgern schließen“

Aus der Linksfraktion: Drei Landrätinnen, eine Oberbürgermeisterin, ein Bürgermeister

Groß war die Freude in der Landtagsfraktion der LINKEN nach den Stichwahlen zu den Landrats- Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen in Thüringen am 6. Mai. Zu Beginn der Fraktionssitzung am 9. Mai lagen die Blumensträuße schon parat. Alle sieben Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN, darunter die vier Frauen aus der Linksfraktion im Thüringer Landtag, konnten sich gegenüber ihren Mitbewerbern durchsetzen.

Mit den Landtagsabgeordneten Petra Enders (Ilm-Kreis), Birgit Keller (Landkreis Nordhausen), Michaela Sojka (Kreis Altenburger Land) und Katja Wolf (Stadt Eisenach) hat Thüringen jetzt drei LINKE Landrätinnen und eine LINKE Oberbürgermeisterin. Bereits im ersten Wahlgang, am 22. April, hatte der Abgeordnete der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Ralf Hauboldt, mit dem hervorragenden Ergebnis von 65,5 Prozent als Bürgermeister von Sömmerda die Wahl gewonnen.

„Ihr habt gezeigt, dass DIE LINKE vor Ort eine Politik macht, auf die die Menschen bauen können“, gratulierte der Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow. Und er sagte, „es war schon hervorragend, dass wir mit sieben Kandidatinnen und Kandidaten in die Stichwahl kamen, aber sensationell, dass die vier tafften Frauen so durchgegangen sind. Die Hoffnung, die die Bürger auf euch setzen, ist eine Verpflichtung für uns alle.“ Der Fraktionsvorsitzende beton-

te die jahrelange kommunalpolitische Verankerung der Landtagsabgeordneten und wies darauf hin, in welche komplizierten Verhältnisse die Gewählten kommen. Er versicherte ihnen die Hilfe der Fraktion.

Zu den Themen, die auf der Agenda stehen, zählte Bodo Ramelow: Alles, was rund um die Bildung wichtig ist mit dem Kern der Schul- und Hortentwick-

lsche Konsequenzen. Nach der Amtseinführung der drei Landrätinnen, der Oberbürgermeisterin und des Bürgermeisters am 1. Juli wird die LINKE im Thüringer Landtag fünf neue Abgeordnete als Nachrückerinnen bzw. Nachrücker begrüßen können: Diana Skibbe, Johanna Scheringer-Wright, Ralf Kalich, Maik Nothnagel und Dirk Möller. Während die ersten vier bereits in



lung. „Ganz und gar nicht geklärt ist die Theater-Thematik“ mit den Schwerpunkten in Eisenach und Gera-Altenburg. Bei diesen und anderen Problemen, die vor Ort auf den Nägeln brennen, könne es für die LINKE und ihre Amtsträgerinnen und Amtsträger nur eine Antwort geben: „Wir schließen ein Bündnis mit den Bürgern.“

Die Nachrücker

Für die Fraktion haben diese hervorragenden Wahlergebnisse ganz prakti-

der vergangenen Legislatur der Fraktion angehört, kommt Dirk Möller neu hinzu. Am 5. Juli wird die Landtagsfraktion der LINKEN auf einer Klausurtagung ihre nächsten Aufgaben beraten. Dazu gehört auch der jetzt notwendige Neuzuschnitt der Ressorts in der Fraktion mit der Entscheidung über die Sprecherfunktionen und Ausschussmitgliedschaften. Wie geplant wird an diesem Tag und damit (fast) zur Halbzeit der Legislaturperiode auch eine Neuwahl des Fraktionsvorstandes stattfinden. ■

AKTUELL

EU als Gleichstellungsmotor

„Wenn sich Deutschland nicht bewegt, wird die Quote über Europa eingeführt“, sagte MdL Karola Stange zur Weigerung der Bundesfamilienministerin, Christina Schröder, eine verbindliche Quote für Aufsichtsräte einzuführen. Justizkommissarin Viviane Reding hat angekündigt, im Sommer konkrete Vorschläge für eine EU-weite Regelung zu machen. „In Sachen Gleichstellung kann die EU als Entwicklungsmotor angesehen werden. Während in Deutschland Kristina Schröder auf Selbstverpflichtungen und Flexi-Quote setzt, verweist Reding auf die Zuständigkeit Europas und fordert eine schnellere Gangart. Dem können wir uns nur anschließen.“ 2011 ist der Anteil der Frauen in den Chef-

sesseln bei den 200 größten Unternehmen Deutschlands mit nur drei Prozent genau so niedrig gewesen wie im Jahr davor. „Die LINKE hat bewiesen, dass mithilfe der Quote kompetente Frauen Chancen erhalten, die ihnen sonst vielleicht nicht eingeräumt worden wären. Dass wir jetzt eine Oberbürgermeisterin und drei Landrätinnen haben, ist nicht zuletzt einer Geschlechterquote geschuldet, die traditionell ungleich verteilte Chancen korrigiert.“

Frauen sind gut qualifiziert – und sie sind es leid, immer weiter vertröstet zu werden.“ Karola Stange verweist auf aktuelle Quoten-Initiativen. Allein die Berliner Erklärung haben weit über 16.000 Frauen und auch Männer unterschrieben. Die Initiative ‚Pro Quote‘ von Journalistinnen hat schon über

3.500 Unterstützerinnen. Wenn es heißt, die Besten würden sich schon durchsetzen, schiebe das „den Frauen den schwarzen Peter zu“ und es ignoriere vollständig die Macht „von Männerseilschaften und die Dicke von gläsernen Decken“. „Als gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion habe ich die Berliner Erklärung unterschrieben, obwohl uns 30 Prozent nicht reichen.“

Karola Stange ist schon sehr gespannt, was aus Brüssel vorgegeben wird und wie sich Bundes- und Landesregierungen dann verhalten. Die LINKE fordert die Landesregierung auf, in ihrem Machtbereich die Frauenbeteiligung zu verbessern – „dafür muss niemand auf Vorgaben aus Europa warten“. ■

KOMMENTIERT:

von Sabine Berninger

Koalitionäre Hinhaltspolitik

Welche zynischen Folgen die Taktiererei der SPD- und CDU-Fraktion in Thüringen ganz konkret auf hier lebende Roma aus dem Kosovo hat, konnte in einer Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Gera sehr anschaulich nachvollzogen werden.

Hier ging es um den Fall eines Roma-Ehepaares aus dem Kosovo, das seit elf Jahren in der Bundesrepublik lebt – und beide Ehepartner sind erkrankt. Mit der Anrufung des Verwaltungsgerichts sollte eine drohende Abschiebung abgewendet werden. Die Bemerkung des Richters, dass, wenn die medizinische Behandlung in der Gemeinschaftsunterkunft so schlecht sei, das Ehepaar im Kosovo besser aufgehoben sei, da dort ja alles gratis und erreichbar sei, ist an Zynismus kaum zu übertreffen und offenbart eine erschreckende Unkenntnis der Situation im Kosovo.

Eine solche katastrophale Einschätzung geht meines Erachtens auch darauf zurück, dass die Thüringer CDU-SPD-Koalition die Gegebenheiten, die sie bei der Delegationsreise des Innenausschusses des Landtags im Kosovo vorfand, nicht deutlich benennt und eine Entscheidung zugunsten der hier lebenden Minderheitenangehörigen immer wieder verschiebt. Die Koalition darf die tatsächliche Situation im Kosovo nicht länger ausblenden und muss endlich die entsprechenden Studien und Berichte zur Lebenssituation insbesondere der aus Deutschland abgeschobenen Roma zur Kenntnis nehmen und in Politik für Menschen umsetzen. Derzeit betreiben in Thüringen die CDU und die SPD eine Hinhaltspolitik auf dem Rücken der Minderheitenangehörigen, denen im Kosovo – und das wissen auch die Delegationsmitglieder aus den Reihen der Koalition – Ausgrenzung und ein Leben im Elend drohen.

Nicht zuletzt möchte ich auf aktuelle Veröffentlichungen von Pro Asyl aufmerksam machen. Sie weisen darauf hin, dass auch die niedersächsische Delegationsreise bestätigt habe, dass abgeschobene Roma im Kosovo in existentieller Not und Perspektivlosigkeit leben.

Sabine Berninger ist migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion und Mitglied des Innenausschusses des Thüringer Landtags, der mit einer Delegationsreise vom 5. bis 9. März im Kosovo war. ■